

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 75 Pf. — Feste und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schubb; Druck: J. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Biemelshauer Str. 38-42. Telefon-Nr. 83, 59 u. 98. Telegr.-Adr.: Altkreis Bochum.

Die Betriebsrätewahlen finden Ende März d. Js. statt!

Nur noch wenige Wochen stehen für die Agitation zur Verfügung. Diese müssen von allen Kameraden zur eifrigen Verarbeitung benutzt werden. Der Ausfall der Wahlen ist für die Bergarbeiterschaft von höchster Bedeutung. Nur freigewerkschaftlich organisierte Kameraden dürfen gewählt werden. Nur sie verbürgen den Fortschritt. Auf zur Agitation der freien Gewerkschaften! Niemand darf beiseite stehen!

Ergebnis der preuß. Bergbauverwaltung.

Nachdem die Saargruben an die Franzosen fielen und bald der weitaus größte Teil der ober-schlesischen Staatswerke an Polen übergeben wird, ist der staatliche preussische Bergwerksbesitz außerordentlich verkleinert worden. Als Bergwerksbesitzer ist der preussische Staat durch den Versailler Friedensvertrag am schwersten geschädigt. 1913 lieferten die Staatsgruben 25,17 Millionen Tonnen Steinkohlen, 1920 waren es, in der Hauptsache verursacht durch den Verlust der Saargruben, nur 10,01 Millionen Tonnen.

Wer auch sonst hat der unselige Krieg und seine Folgen die staatliche Bergbau- und Güterwirtschaft Preußens sehr ungünstig beeinflusst. Vergleichen wir die beiden letzten Betriebsjahre (1. April bis einschließlich 31. März) mit 1913 hinsichtlich der Menge der wichtigsten Erzeugnisse, so stellt sich folgendes heraus: Die Förderung bzw. Produktion betrug in Mill. T. an

	1920	1919	1918		1920	1919	1918
Steinkohlen	10,01	8,15	25,17	Steinsalz	0,094	0,070	0,116
Braunkohlen	0,261	0,257	0,358	Rohs	1,76	1,37	2,06
Eisenerze	0,063	0,050	0,086	Stahlsalzaufl.	0,077	0,056	0,098
Sonstige Erze	0,063	0,072	0,113	Stiedesalz	0,063	0,053	0,137
Stahlsalz	0,607	0,610	0,905	Eisenhütten	0,016	0,018	0,031

Im Jahre 1913 betrieb der preussische Fiskus 60 Bergwerke, Güten und Salinen mit 109 791 Arbeitern und Beamten. 1920 waren es nur noch 45 Werke, hauptsächlich wegen des Fortfalls der 12 Saargruben, und die Zahl der Beschäftigten betrug 74 677. Da demnach auch noch etwa drei Viertel des ober-schlesischen staatlichen Werksbesitzes auscheiden, so ist es dringende höchste Zeit, daß der preussische Bergwerksfiskus an die Anlage neuer Werke herangeht. Es sei nur daran erinnert, daß selbst die monarchistische Staatsregierung sich von der Ueberzeugung leiten ließ, den staatlichen Bergwerksbesitz so groß zu gestalten, daß er ein starkes Gegengewicht gegenüber den privatkapitalistischen Monopolen bilden könne! Deshalb sind die Bergwerke Sibirien und Wienburg zu außerordentlich hohen Preisen angekauft, deshalb ist auch der Staatsbergbau im Bezirk Heddinghausen in Angriff genommen worden. In den letzten Jahren aber hatte man manchmal den Eindruck, als ob die Staatsregierung die Gefahr der privatkapitalistischen Verstrickung für die Staatsinteressen nicht mehr beachtete.

War das mengenmäßige Ergebnis der staatlichen Bergbauverwaltung im letzten Friedensjahr ein besseres, so steht es mit dem finanziellen Gebaren nun infolgedessen anders, als jezt unergleichlich höhere Summen durch den Betrieb gehen. In „Werten“ sind bezeichnet in Millionen Mark für die

	1920	1919	1918
Roherzeugnisse der Bergwerke	1904,4	745,3	316,4
Verarbeitung einschließlich Salinen	993,4	409,4	98,5

Oder: wenn man die ordentlichen Einnahmen und Ausgaben sämtlicher Betriebe, einschließlich der Ministerialabteilung, des Zentralfonds und der Schuldenverwaltung, gegenüberstellt (in Millionen Mark):

	1920	1919	1918
Einnahme	2846,8	1564,3	386,08
Ausgabe	2777,2	1371,5	328,97
Betriebsüberschuß	69,58	192,8	57,10

Der Geldumsatz hat sich also ganz ungeheuerlich erhöht infolge der gewaltigen Preissteigerungen, denen aber noch höhere Betriebsausgaben gegenüberstehen. Hier stoßen wir auch wieder auf die Folgen unserer katastrophalen Geldentwertung, an der unser ganzes Wirtschaftsleben fränkt. Entsprechend der riesenhafte Zunahme des Geldumsatzes in den beiden letzten Jahren (bei gleichzeitiger erheblich niedrigerer Produktionsmenge) sind die Betriebsüberschüsse im Vergleich zu 1918 nur minimal. Nach Zugabe der 88,1 Mill. Mk. außerordentlichen Einnahmen und Abzug von 174,3 Mill. Mk. Extraausgaben schließt das Betriebsjahr 1920 sogar mit einem Defizit von 16,53 Mill. Mk. ab. Allerdings stellen die 174 Mill. Mark Extraausgaben, wovon allein 147 auf die Steinkohlen gehen (bezüglich für die Gruben im Bezirk Heddinghausen wieder über 90 Millionen!), eine merkwürdige Kapitalanlage zur Erweiterung und Verbesserung der Werke dar. Es muß sorgfältig geprüft werden, ob die staatliche Betriebsverwaltung in ihrer jetzigen Form den modernen Erfordernissen genügt. Nach unserer Ansicht ist das nicht der Fall. Wir brauchen nicht erst zu betonen, daß wir die Reform nicht erblicken in einer Preisgabe des staatlichen Besitzes an Privatkapitalisten, auch nicht an eine Entstaatlichung der Verwaltung.

Sehen wir uns nach dem bilanzmäßigen Reingewinn der staatlichen Bergbauverwaltung um, so geben die Betriebsberichte darüber folgende Auskunft (in Millionen Mk.):

	1920	1919	1918
Bilanzmäßiger Reingewinn	288,4	233,0	54,6
Darvon kommen auf:			
Steinkohlenbergwerke	154,4	52,4	39,9
Erzbergwerke	27,3	47,2	3,4
Salzbergwerke	97,1	73,5	6,07
Eisenhütten	12,1	9,0	0,68
Metallhütten	34,5	48,7	4,69

Der bilanzmäßige Status hat sich demnach 1920 stark verbessert, wenn auch die Salzbergwerke wegen ihres bedeutend gestiegenen Auslandsabzuges (Wulstgewinne) fast um die Hälfte weniger gut stehen als im Vorjahr. Unerses Erachtens fehlt es dem Bergwerksfiskus auch an der verwaltungsmäßigen Zusammenfassung der einzelnen Betriebsgruppen mit dem Ziele,

sich die technisch-wirtschaftlichen Vorteile eines „gemischten Werkes“ anzueignen. Die Erzeugnisse der staatlichen Gruben, Güten, Fabriken und Salinenbetriebe sind derart mannigfaltig, daß die Basis für eine sogenannte „vertikale Verstrickung“ auch für die Fiskuswerke gegeben ist. Unter Umständen könnten, bei Erhaltung der selbständigen Verwaltung natürlich, auch Interessengemeinschaften mit weiterverarbeitenden Industrien zum Zwecke des gegenseitigen internen Austausches von Rohprodukten, Halb- und Fertigfabrikaten eingegangen werden. Warum soll sich der Bergwerksfiskus nicht die Erfahrungen der modernen Betriebs- und Verwaltungsorganisation zunutze machen? Die parlamentarische Kontrolle steht dem gar nicht entgegen und wenn die Bureaucratie nicht beweglich genug ist, muß man sie mobilisieren oder ganz austauschen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte in den Staatsbetrieben müssen sich bewußt sein, daß ihnen Volksvermögen anvertraut ist, und ihre Ehre darin sehen, zu beweisen, daß der Privatkapitalismus keine bessere Bergbauwirtschaft betreiben kann! Auf diese Weise wird auch der Gedanke der Sozialisierung gefördert, dem man immer wieder entgegenhält, der verstaatlichte, in den Besitz der Volksgemeinschaft überführte Betrieb sei „unrentabel“. Er ist „naturgemäß“ nicht unrentabel, wofür auch die außerordentlich guten Betriebsergebnisse solcher Staatswerke, die seine ungewöhnlich ungünstige natürliche Basis haben, Zeugnis ablegen. Wir werden darauf noch in Einzelbesprechungen der staatlichen Betriebsergebnisse zurückkommen. Uebrigens kennen wir doch auch die andauernden Klagen privater Unternehmer über die infolge der Kriegsnachwehen eingetretenen Unrentabilität ihrer Anlagen.

Nun hat die staatliche Bergbauverwaltung dem Landtage für das Etatsjahr 1922 einen Voranschlag mit ungünstigem Endergebnis unterbreitet. Danach sind die ordentlichen Brutto-Betriebsüberschüsse auf 149 999 070 Mark geschätzt. Nach Abzug der Zinsen- und Tilgungsbeträge sollen rund 133 Millionen Mark übrig bleiben. Kommen davon noch die vorgezeichneten Extraausgaben (113 Millionen) in Abzug, so beträgt der Reinerlös nur noch 20 Millionen Mark. Aber dieser soll sich nach Beirückung des Zuschusses zur Verwaltung (24,72 Mill.) in eine Zuhilfenahme von 4 733 000 Mk. vermindern! Dennoch hält dieser Voranschlag seiner eindringlichen Kritik stand. Er rechnet noch mit Preisen für verkaufte Produkte, die schon am Jahresanfang weit überholt waren. Natürlich gilt Ähnliches auch von den Ausgaben. Der Etat der staatlichen Berg-, Güten- und Salinenverwaltung für 1922 ist also durchaus wirklichkeitsfremd. Er beweist nur wieder mal, daß die innere und äußere Organisation dieser Verwaltung einer gründlichen Reformierung bedarf. Die einleitenden Schritte dazu sind seitens des Ministeriums getan. Je schneller das Tempo der Umstellung auf neue wirtschaftliche Bedürfnisse ist, um so besser für die Interessen der Volksgemeinschaft.

Mobilisierung der Unternehmer.

Wolfs Telegraphen-Bureau meldet, daß der Große Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 22. Februar in Berlin getagt und eine Entschließung angenommen hat, die besagt, daß die Arbeitgeber gewillt sind, in der Frage der Unorganisierten schärfsten Widerstand zu leisten. Der Ausschuß, lehnt es ab, sich beim Abschluß von Tarifverträgen von anderen als wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten und das Mittel einer tariflichen Vereinbarung zu einem Mittel des Vereinigungszwanges ausarten zu lassen. Er ist ferner der Meinung, daß eine solche Forderung der verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsfreiheit widerspricht und ein aus folchem Anlaß zu einem solchen Ziele angestrebter Streik der Gewerkschaften ein unverantwortliches Vergehen an der deutschen Volkswirtschaft sein würde.

Besonders an dieser Meldung ist nur die Tatsache, daß die Gewerkschaften bereits ihre Selbstorganisation mobil gemacht haben, um die Bergarbeiterschaft — denn gegen diese richtet sich die Entschließung — mit vereinten Kräften zu bekämpfen. Mögen die Unternehmer sonst uneinig sein, mögen die Interessengruppen innerhalb ihrer Klasse unter noch so scharf auseinanderfallen, wenn es gilt, ihre auf der Konkurrenz der Arbeiter untereinander aufgebauete Herrschaft zu befestigen, stehen sie zusammen. Sie führen den Klassenkampf, indem sie die Grundgesetze, auf denen der Klassenkampf sich immer von neuem entwickeln muß, mit Häufigkeit festhalten trachten. Es ist nicht wahr, wenn die Unternehmer immer wieder behaupten, daß die Arbeiter es waren, die den Klassenkampf verloren.

Außer dem kapitalistischen Klasseninteresse steht nichts dem Verlangen der Bergarbeiter entgegen. Daß die Unternehmer eben dieses Interesse mit den Worten „Koalitionsfreiheit“ und „Reichsvereinfassung“ drapieren wollen, könnte sie nur lächerlich machen. Sie wissen ebenso gut wie der Professor Zimmermann-Sandburg („Soziale Praxis“, 1922, Nr. 7), daß ein Tarifvertrag der die Begünstigung der Tarifstreikenden aufhebt, nach unserer gegenwärtigen Tarif- und Koalitionspraxis „juristisch korrekt“ ist. Und was das „unverantwortliche Vergehen an der deutschen Volkswirtschaft“ anbelangt, so muß gesagt werden, daß sich das Unternehmertum an dem Verantwortungsbewußtsein der deutschen Gewerkschaftsführer gegenüber der Volksgemeinschaft ein leuchtendes Beispiel nehmen könnte — Reichsvereinfassung z. B. verschärfen wir nicht ans Ausland. Wenn ein Wirtschaftskampf, der sich gegen Kapitalisten oder staatskapitalistische Magnaten richtet, diese nicht mehr trifft, so ist das für uns der Beweis, daß es höchste Zeit ist, eine solche Wirtschaftsform abzulegen. Der Weg dazu ist die Demokratisierung der Wirtschaft. Genau wie es in einem demokratischen Staat keine Revolution als berechtigte politische Willensäußerung mehr gibt, so auch keinen Streik in einer demokratisierten Wirtschaft. Hier also liegt die Wurzel des Unheils!

Academie der Arbeit.

Am 15. Februar ging der erste Kursus der Akademie der Arbeit, der am 2. Mai begann, zu Ende. Die Hörer sind in die Praxis des Gewerkschaftslebens, aus der die meisten gekommen waren, wieder zu-

rückgeführt. Die Gewerkschaften sehen sich nach geeigneten Leuten um, die sie zum zweiten Kursus entsenden wollen. Dieser beginnt wieder Anfang Mai. Die Kameraden wird es jedenfalls interessieren, zu hören, was die Akademie der Arbeit bezweckt und wie sie verfaßt hat, diesen Zweck zu erreichen. Wir glauben der Beurteilung der Sachlage am besten zu dienen, wenn wir die Schilderung der Eindrücke bringen, die einer von unseren sechs Verbandskameraden als Teilnehmer des ersten Lehrgangs gewonnen hat. Der Kamerad schreibt:

Voll von gespannter Erwartung ging ich nach Frankfurt. Wie sollte es auch anders sein? Hier sollte ich doch für acht Monate die Ruhe finden, den Problemen nachzugehen, die mich während der letzten Jahre so tief bewegt und unter denen ich litt, wenn ich mit ihnen nicht fertig wurde. An den Quellen der Wissenschaft dachte ich die Selbstüberwindung zu finden und mit mein blühendes zu ergänzen, um es im Dienste derer zu verwenden, die es mir möglich machten, hierherzukommen. Als ich aber am 2. Mai bei der Eröffnungsfest der Akademie die verschiedenen Reden hörte, worin auch verfaßt wurde, der Idee der Akademie der Arbeit Ausdruck zu verleihen, da beschlich mich ein leiser Zweifel, ob ich wohl den Anforderungen, die an die Teilnehmer der Akademie gestellt wurden, genüge. Der Vertreter des VDB, der Kollege Thomas, stellte nämlich als Aufgabe der Akademie der Arbeit hin, daß sie in der Universität der Stadt Frankfurt ein Stück geistiger Revolution vorbereiten müsse, eine Arbeiterbildung in höchster Form, die auf die Kulturgebung von bedeutendem Einfluß werden sollte. In ihr sollte man Fähigkeiten heranzüchten, aus der Vielheit der Erscheinungen das Allgemeine zu erkennen, die Einzelheiten in den Zusammenhang des Geschehens einzuordnen. Keineswegs sollte die Akademie die übrigen Bildungsbestrebungen der Arbeiter, auch nicht die Gewerkschaftslehre in Münster und andere überflüssig machen, nein, sie sollte gleichsam die Krönung all dieser Bestrebungen sein. Zur Erreichung dieses Zieles bedürfte man besonders geistig reger Leute.

Wer seinen Teil hierzu beitragen wollte, für den hieß es, nunmehr mit Fleiß und Liebe ans Werk zu gehen. Sobald der Stundenplan für die Akademie festgelegt war, sah ich mich um, ob ich nicht noch einige Vorlesungen in der Universität belegen konnte. Man wollte doch keine Zeit ungenutzt lassen. Im Vorlesungsverzeichnis fand ich, daß ein Professor über „Die Aufgaben der Philosophie in der Gegenwart“ las, und da mir die Stunden gerade paßten, belegte ich sie. Eine gewisse Neugier zum „Spinnen“ hatte ich von jeher, also war ich interessiert, zu hören, welche Aufgaben sich die Philosophie in dieser Zeit, in der alles durcheinanderwirbelt, stellt.

Die Akademie begann ihre Arbeit mit Recht; als Einführung in dieses mit einer Art Rechtsphilosophie und gleichsam als Gegengewicht mit praktischem Recht, Schlichtungsweisen, Arbeits- und Familienrecht. Zunächst war sie angeordnet, nach neuen Formen geistiger Zusammenarbeit zu suchen. Dabei hielt es schwer, den richtigen Ausgangspunkt zu finden, da die Menschen, die hier geistig mitarbeiten sollten, in jeder Hinsicht differenziert waren, dem Alter, der Vorbildung wie der Weltanschauung nach. Kamenlich die letztere sollte sich späterhin als ein munder Punkt erweisen. Sobald nämlich Themen behandelt wurden, die damit enger zusammenhängen, kam ein einheitliches Interessieren nicht zustande. Dies ist weiter nicht verwunderlich. Die meisten der Hörer haben bereits im gesellschaftlichen oder politischen Tageskampf gefanden, wo sie gezwungen waren, sich eine Plattform zu bauen, von der aus sie an alle Dinge herantreten konnten. Mit der Zeit verwechselten sie mit ihr und waren sehr wenig geneigt, davon abzustehen, um einem anderen entgegenzukommen.

Die Vorlesung, wie sie in der Universität üblich ist, hielt die Akademie bei, aber auch hieron ging sie insofern ab, daß 3 bis 4 Stunden Vorlesung 1 bis 2 Stunden Diskussion folgten, natürlich bei Anwesenheit des betreffenden Dozenten. Unschicklich ist dies ein Vorteil für den Hörer, da er dann sich nicht mehr wüßte dem Vortragenden überantwortet fühlte, sondern, wenn er der Ansicht ist, daß das Vortragene nicht stimmt, er dann auch seine Auffassung zum Ausdruck bringen kann. Von diesem Recht haben wir Hörer den ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Nichtsdestoweniger verschärften uns die Dozenten, die bei uns lasen, daß es ihnen besondere Freude machte, an der Akademie mitzuwirken. Willig und gern hielten sie uns Rede und Antwort. Zu Anfang des Semesters bildeten sich unter den Hörern sogenannte Studienzettel, d. h. es fanden sich Leute zusammen, die irgend ein bestimmtes Gebiet im engeren Kreise durchzunehmen gedachten. Leider sind die meisten von ihnen nach einiger Zeit eingegangen. Meiner Ansicht nach könnte aber diese Form der geistigen Zusammenarbeit recht fruchtbar werden, nur müßte sie aus einer Art Wahlverwandtschaft hervorgehen, die aber erst dann vor sich gehen dürfte, wenn die einzelnen Hörer sich als Menschen nähergekommen sind, so daß jeder wüßte, was Seines Kind sein Gemeinschaftsgewisse ist.

Als Ergänzung der Vorlesung war die Gruppenarbeit gedacht insofern, als dort die einzelnen Vorlesungen nochmals durchgesprochen werden sollten. Die Gruppe war von vornherein ein selbstgestalteter Körper. Die Hörer wurden hier nach dem Abbau der Vorlesung. Im ganzen waren drei Gruppen vorhanden, die je 25 Teilnehmer umfaßten und von einem hauptamtlichen Dozenten geleitet wurden. Diese bestanden aber immer wieder, daß man in ihnen nicht den geistigen Lehrer, sondern nur den gleichberechtigten Mitarbeiter sehen dürfte. Mit der Zeit entwickelte sich auch das letztere Verhältnis wirklich, vielleicht auch etwas allzu wirklich. Wie sich die Vorlesungen häuften, und es doch unmöglich war, sie in den paar Gruppenstunden durchzunehmen, wählten sich die Gruppen selbst die Fragen, die sie zu bearbeiten wünschten. In der Gruppe, der ich im zweiten Semester angehörte, beschäftigten wir uns mit der Theorie des Geldes sowie des Bank- und Börsenwesens. Hier war der Einzelne viel aktiver. Um ein Referat zum Vortrage heranzubereiten, über auch nicht um die Kritik der anderen. Literatur zur Ausarbeitung der Referate fand uns genügend zur Verfügung.

Im zweiten Semester wurden mehrere Seminare abgehalten und zwar über Franz Oppenheims Buch: „Der Staat“, das Buch: „Volksgemeinschaft und Gesellschaft“ von Ferdinand Tönnies, Laßalle, Friedrich Engels' „Anti-Dühring“, Bank- und Börsenwesen, Betriebsrätegesetz und „freie Rede“. Jedem stand es frei, sich einem dieser Seminare anzuschließen. In einigen von ihnen pulsierte ein reges Leben. Im Seminar über den „Anti-Dühring“ haben wir auch die materialistische Geschichtsauffassung behandelt, desgleichen auch in dem Referat. Es galt, sich darüber klar zu werden, was eigentlich unter materialistischer Geschichtsauffassung zu verstehen ist. In einem anderen Zusammenhang hat uns nämlich ein Professor in der Diskussion gesagt, daß die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung von Marx mit ihrem Glauben an sogenannte Naturgesetze reinster Fatalismus sei. Wir sind uns aber darüber einig geworden, daß dies nicht zutrifft. Gerade auf ihrem Boden kann man zur höchsten Aktivität schreiten; richtig verstanden bewahrt sie nur davor, daß diese Aktivität an einer falschen

